



Dietmar Brockes

Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion
Mitglied des Ausschusses der Regionen der EU

Landtag NRW Dietmar Brockes MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Postanschrift:
Postfach 101143
D-40002 Düsseldorf

Bürgertelefon (02 11) 8 84 - 27 50
Bürgerfax (02 11) 8 84 - 36 08

eMail dietmar.brockes@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 24. April 2006

Fragenkatalog zum Energiekongress "Energie für die Wirtschaft!" der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern - Antwort namens der FDP-Landtagsfraktion

1. Welchen Herausforderungen muss sich ein energiepolitisches Konzept stellen?

Ein energiepolitisches Konzept muss ein Gesamtkonzept sein. Es darf sich weder auf nur einzelne inhaltliche Schwerpunkte konzentrieren, noch darf es sich regional beschränken. Vielmehr muss es integraler Bestandteil eines internationalen, zumindest jedoch EU-weiten Konzeptes sein, das über die reine Energiepolitik hinaus auch andere politische Aspekte berücksichtigt, insbesondere die wirtschaftlichen und umwelt- bzw. klimapolitischen Herausforderungen und Ziele.

2. Welches sind Ihrer Meinung nach die Zukunftsenergien?

Der Markt entscheidet über die Zukunftsfähigkeit der verschiedenen Energieträger. Aufgabe der Politik kann es daher nur sein, die energiepolitischen Rahmenbedingungen zu gestalten und die Option für die Nutzung aller zur Verfügung stehenden Energieträger zu erhalten. Dazu gehört für uns Liberale selbstverständlich auch die friedliche Nutzung der Kernenergie.

3. NRW ist Energieland Nummer 1. Was wollen Sie tun, damit NRW weiterhin wettbewerbsfähig und richtungweisend in der Energiewirtschaft bleibt?

Entscheidend für Nordrhein-Westfalen sind sichere und langfristige Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft. Sie sind unabdingbare Voraussetzung für ihre Planungen und Investitionen. Der heute zum Teil bestehende Investitionsstau, der nicht zuletzt durch die rot-grüne Regierungszeit im Bund und NRW verursacht worden war, kann nur dann aufgelöst werden, wenn die Wirtschaft wieder zuversichtlich in die Zukunft blickt und auf der Basis eines gesunden Investitionsklimas z.B. neue Kraftwerke gebaut und die zum Teil verbesserungswürdigen Netzstrukturen verändert bzw. ausgebaut werden. Nordrhein-Westfalen als führender Standort für Kraftwerkstechnik und seiner vielschichtigen Forschungslandschaft sollte dafür Sorge tragen, dass vorhandenes Know-how im Land gehalten wird und dies zukünftigen Generationen weiterhin zur Verfügung steht. Hierzu sollte die Energieforschung in Nordrhein-Westfalen gezielt und ideologiefrei ausgebaut werden.

4. Ein breiter Energiemix ist für eine effiziente und ausgewogene Energiepolitik essentiell. Was verstehen Sie darunter? Welche Rolle spielt bei diesen Überlegungen für Sie die Kernenergie? Wie sehen Sie die Zukunft der Steinkohle?

Ein breiter Energiemix soll sich aus allen zur Verfügung stehenden Energieträgern zusammensetzen und insbesondere auch Energieeffizienz- und -einsparmaßnahmen mit einbeziehen. Kein Energieträger darf aus ideologischen Motiven ausgegrenzt werden. Das gilt auch für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Ausschlaggebend für ihren Einsatz darf ausschließlich die Sicherheit sein. Da die deutschen Kernkraftanlagen zu den sichersten der Welt gehören, besteht kein Anlass, sich aus der Kernenergienutzung zu verabschieden. Die Importsteinkohle wird ein wichtiger zukünftiger Energieträger bleiben. Nicht zuletzt aus Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen muss die Dauersubventionierung der deutschen Steinkohle gestoppt werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass eventuelle Folgekosten des

Bergbaus zukünftig nicht von den Steuerzahlern getragen werden müssen. Ob und inwieweit deutsche Steinkohle ohne staatliche Transferzahlungen in Zukunft gefördert wird, ist Entscheidung der Eigentümer.

5. Auf welchen Energiebereich sollten sich Forschung und Entwicklung konzentrieren und auf welchen Innovationen im Bereich der Energieerzeugung sollte sich die Forschungspolitik konzentrieren?

Forschungs- und Innovationspolitik muss breit angelegt sein. Eine Fokussierung auf einzelne Bereiche verengt ihren Ansatz und bedeutet auch, dass nicht alle Optionen offen gehalten werden. Deshalb setzen Liberale auf einen breiten Entwicklungs- und Forschungsansatz, der von der Erforschung und Anwendung der Wasserstofftechnologie und der Geothermie über die Kernenergiesicherheitsforschung bis zur Entwicklung neuer Reaktorlinien reicht und kein Entwicklungs- und Forschungsgebiet aus ideologischen Gründen ausgrenzt.

6. Energiepolitik ist ein großes europäisches Thema. Welche energiepolitischen Impulse müssen aus NRW kommen?

Die EU ist bestrebt, ein gemeinsames Konzept zur Sicherung der europäischen Energieversorgung zu installieren. Nordrhein-Westfalen sollte hierbei darauf hinwirken, dass der subsidiäre Gedanke der europäischen Politik gewahrt bleibt. Eine supranationale Regulierungsbehörde entspricht nicht den Interessen Nordrhein-Westfalens. Von einer europäischen Energiepolitik erwarten wir weitere Anstrengungen zur Liberalisierung und Deregulierung der Energiemärkte, insbesondere eine zügigere Öffnung der Märkte anderer Mitgliedsstaaten wie z.B. Frankreichs und ein klares Votum für einen breiten Energiemix ohne Diskriminierung einzelner Energieträger. Nordrhein-Westfalen mit seinem bestehenden und gut funktionierenden Energiemix sollte darauf achten, dass nicht durch weitere europäische Zielvorgaben und Quoten das sensible Gerüst der Energieversorgung gestört wird.